

# Die Hauptstadt gegen die Erhöhung der Eisenbahntarife.

Die Stadtrepräsentanz hielt heute nachmittags unter dem Vorsitz des stellvertretenden Oberbürgermeisters Dr. Eugen Sipöcz eine außerordentliche Generalversammlung, um gegen die geplante Erhöhung der Tarife der Staatseisenbahnen Stellung zu nehmen. Die Teilnahme der Stadtrepräsentanten war außerordentlich gering; bei Eröffnung der Generalversammlung waren nicht mehr als dreißig Stadtpräsidenten anwesend.

Der erste Redner war Johann Llovßky, dessen Initiative diese Aktion der Hauptstadt zu verdanken ist. Er führte aus, daß die geplante Tarifierhöhung im Falle ihrer Verwirklichung für unser ganzes Wirtschaftsleben katastrophale Folgen haben und es auf das österreichische Niveau herabdrücken würde. Die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung habe bereits ihre äußersten Grenzen erreicht; bei einer weiteren Belastung müßte die Bürgerschaft zusammenbrechen. Durch die Tarifierhöhung würden die unentbehrlichsten Lebensmittel so verteuert werden, daß das Publikum deren Preise nicht zu erschwingen vermöchte. Aber auch vom Gesichtspunkte der Irredenta müsse eine derartig unerhörte Tarifierhöhung bekämpft werden. An der Hand ziffermäßiger Daten wies er nach, daß die erhöhten Tarife den Kohlentransport in außerordentlichem Maße verteuern würden. Die Tarifierhöhung würde außerdem vielen Gelegenheiten bieten, sich einen illegalen Nutzen zu sichern. Die Vorlage der Staatsbahnen sei antisozial; die Tarifierhöhung würde nicht nur die Bevölkerung in unerträglichem Maße belasten, sondern auch einzelne Industriezweige, zum Beispiel die ungarische Champagnefabrikation, ganz zugrunde richten. Zum Schlusse seiner beifällig aufgenommenen Rede unterbreitete er folgenden Beschlußantrag:

Die Generalversammlung hat gegen eine mäßige Erhöhung der Tarife der Staatsbahnen keine Einwendung, bemängelt jedoch, daß in der Vorlage der Staatsbahnen die allgemeinen Interessen nicht genügend berücksichtigt werden. Infolgedessen richtet die Generalversammlung zur Wahrung der Interessen der kommunalen Betriebe, der kommerziellen und industriellen Unternehmungen und der ganzen Bevölkerung an die Regierung die Bitte, die Tarifierhöhung nicht eher ins Leben zu rufen, bis die interessierten Sektionen des Magistrats unter Teilnahme der Vertreter der wirtschaftlichen Interessentkreise die einzelnen Tarifsätze überprüft und verhandelt haben. Falls diese Bitte aus finanziellen Gründen nicht erfüllt werden könnte, so wünscht die Generalversammlung, daß die Preise der wichtigsten Bedarfsartikel: Holz, Bauholz, Kohle, Pflasterungsmaterial, Fleisch, Obst, Eier, Gemüse, Kartoffeln, Milch usw. durch die Tarifierhöhung nur in geringem Maße beeinflusst werden.

Die Generalversammlung weist den Magistrat an, eine in diesem Sinne gehaltene Eingabe bis 1. März 9 Uhr vormittags an zuständiger Stelle einzureichen. In dieser Eingabe soll darauf hingewiesen werden, daß, falls die Regierung die Wünsche der Hauptstadt nicht berücksichtigen und die Eisenbahntarife in der beabsichtigten Weise erhöhen würde, dies eine geradezu katastrophale Teuerung zur Folge hätte.

Karl Horváth (4. Bezirk) hat wenig Hoffnung, daß die Stellungnahme der Hauptstadt viel nützen werde. Die Regierung habe für die Tarifierhöhung den für sie geeignetsten Zeitpunkt gewählt; die Nationalversammlung sei aufgelöst und könne gegen den Plan der Regierung nicht mehr protestieren. Infolge der Tarifierhöhung werden die Preise der wichtigsten Bedarfsartikel und Lebensmittel in horrendem Maße steigen. Durch eine derartige Politik werde Budapest völlig zugrunde gerichtet. Redner schloß sich dem Antrage Llovßkys an.

Dr. Koloman Balkányi sprach den Magistratsräten Eduard Bajna und Dr. Viktor Purébl, die in der in Angelegenheit der Tarifierhöhung stattgefundenen Enquete die Interessen des Handels und der Industrie mit wirksamen Argumenten kräftigst vertreten haben, seine wärmste Anerkennung aus. Redner wies darauf hin, daß die Nationalversammlung aufgelöst sei, um so nachdrücklicher müsse also die Hauptstadt gegen die Tarifierhöhung Stellung nehmen. Die Staatsbahnen wollen aus dem Grunde zu dieser Maßregel greifen, weil ihre Ausgaben um das Zweifache das Präliminare überschreiten. Das komme auch anderswo vor, auch bei den Banken, doch denken diese nicht daran, die Differenz durch eine Maßregel dieser Art, z. B. durch Erhöhung des Zinsfußes um das Doppelte, auszugleichen. Statt die Tarife zu erhöhen, sollten die Staatsbahnen bestrebt sein, ihre übermäßigen Ausgaben nach Möglichkeit zu restringieren. Er kritisierte das bei den Staatsbahnen herrschende System der Kontratsauschreibungen, das dem Handel und der Industrie keine Möglichkeit zur Entfaltung eines gesunden Wettbewerbes biete. Bei der Tarifierhöhung habe die Leitung der Staatsbahnen die Tatsache, daß diese Institution die größte Konsumentin sei, völlig außer acht gelassen. Die Tarifierhöhung werde zur Folge haben, daß die Staatsbahnen die Bezüge ihrer Angestellten werden erhöhen müssen, ferner daß die Beschaffung ihres Bedarfes ihnen horrendere Mehrausgaben

verursachen wird. Redner erörterte eingehend auch die Nachteile der Erhöhung des Personentarifs, besonders vom Gesichtspunkte unseres Fremdenverkehrs. Die Staatsbahnen berufen sich darauf, daß im Verhältnis zu den heutigen hohen Preisen auch der erhöhte Tarif relativ mäßig sei. Redner führt einige Beispiele an, um nachzuweisen, daß die Naturalverpflegung der öffentlichen Beamten, welches System auch die Staatsbahnen anwenden, zum großen Teile schuld an den hohen Preisen sei. So wäre auch der Preis der Kartoffeln nicht auf acht Kronen gestiegen, wenn die forcierten Käufe der Konsumgenossenschaft der öffentlichen Angestellten die Preise nicht in die Höhe getrieben hätten.

Dr. Johann Kossalka rief hier: Was kümmert das die Staatsbahnen?

Dr. Koloman Balkányi (zu Kossalka): Ich danke Ihnen, daß Sie durch diese Frage mich auf etwas aufmerksam gemacht haben, was ich sonst vergessen hätte; nämlich zu erwähnen, daß in der Konsumgenossenschaft der öffentlichen Angestellten derselbe Herr Dionys Klety eine führende Rolle spielt, der auch zufällig Präsident der Staatsbahnen ist.

Zum Schlusse seiner sowohl von der Majorität, als auch von der Minorität mit lebhaften Ehrenrufen aufgenommenen Rede empfahl Dr. Balkányi den Antrag Szobkys zur Annahme.

Nachdem die noch vorgemerkten Redner auf das Wort verzichtet hatten, nahm die Generalversammlung den Antrag Szobkys einstimmig an.

Vorsitzender Dr. Gyen Sipöcz versprach, die Eingabe der Hauptstadt schon morgen persönlich dem Handelsminister zu überreichen und bei dieser Gelegenheit kräftigst für die Interessen der Bevölkerung einzutreten. (Lebhafte Beifall.)

Um halb 6 Uhr wurde die Generalversammlung geschlossen.

bür  
ein  
stad  
ber  
me  
gef  
när  
Wi  
Mi  
hal  
v.  
Di  
Da  
nei  
fei  
gef  
Gl  
Me  
eri  
sch  
gef  
Di  
4-  
be  
er  
he  
ut  
do  
do  
er  
D  
tu  
un  
m  
D